



Antrag

Fraktion AfD

Strom muss bezahlbar sein - Schluss mit der planwirtschaftlichen Energiewende

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird nachdrücklich aufgefordert, die wirtschafts- und verbraucherfeindliche Energiewende in Sachsen-Anhalt zu stoppen. Der planwirtschaftliche Irrweg im Energiesektor muss schnellstmöglich beendet werden. Eine Rückkehr zum marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip ist dringend erforderlich, um eine fortwährende Kostenexplosion bei den Energie- und insbesondere bei den Strompreisen zu verhindern.

Als Mitglied der CDU-Sondierungsgruppe für die Koalitionsgespräche auf Bundesebene wird Ministerpräsident Haseloff aufgefordert, im Interesse des Landes Sachsen-Anhalt bei den Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition ein Ende der gescheiterten Energiewende durchzusetzen und somit weiteren energie- und wirtschaftspolitischen Schaden vom Land abzuwenden.

Konkret geht es um die ersatzlose Streichung der EEG-Förderung, wobei Anlagen mit Förderzusagen Bestandsschutz genießen sollen. Des Weiteren soll die vorrangige Netzeinspeisung von erneuerbar erzeugtem Strom für Neuanlagen beendet werden.

Begründung

Für einen Paradigmenwechsel in der Energiepolitik existieren stichhaltige ökonomische Gründe:

Die Energiewende atmet den Geist der Planwirtschaft. Marktwirtschaftliche Prinzipien werden durch die Dauersubventionierung erneuerbarer Energien in unangemessener Höhe (auf Bundesebene gegenwärtig ca. 29 Milliarden Euro pro Jahr) ausgehebelt.

(Ausgegeben am 18.10.2017)

Von den planwirtschaftlichen Ausbauanreizen profitieren findige Investoren auf Kosten von Unternehmen und Privathaushalten.

Die auf planwirtschaftlichen Prinzipien basierende sogenannte Energiewende geht mit stetig steigenden Strompreisen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Privathaushalte einher. Kontinuierlich ansteigende Stromkosten sind nicht nur wirtschaftsfeindlich, sondern auch in höchstem Maße unsozial, da sie Arbeitsplätze vernichten und einkommensschwache Haushalte überproportional belasten.

Im Ergebnis findet also eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die Gewinnmargen von Investoren, die vom ‚Geschäftsmodell Energiewende‘ profitieren, werden auf Kosten von Geringverdienern, Arbeitslosen und altersarmen Rentnern maximiert.

Laut Energiewende-Index 2017 nimmt die Abweichung der Haushaltsstrompreise in Deutschland vom EU-Durchschnitt seit 2009 stetig zu. Mittlerweile liegt der Strompreis in Deutschland mit 30,8 Cent pro Kilowattstunde dramatisch über dem EU-Durchschnitt von 20,5 Cent pro Kilowattstunde. Die Abweichung beträgt demzufolge 10,3 Cent bzw. 50,1 Prozent. Beim Haushaltsstrompreis ist Deutschland im Jahre 2017 im EU-Vergleich zum traurigen Spitzenreiter aufgestiegen und hat somit Dänemark von Platz 1 verdrängt.

Beispiel sachsen-anhaltische Privathaushalte: Zwischen 2007 und 2016 stiegen im Norden Sachsen-Anhalts die Preise in diesem Segment des Strommarktes bei den Stadtwerken und Regionalversorgern um 25 bis 54 Prozent an. Im Jahre 2007 musste ein Haushalt in Blankenburg mit einem Jahresverbrauch von 3600 Kilowattstunden eine Stromrechnung in Höhe von 737 Euro begleichen. Im Jahre 2016 waren es bereits 1138 Euro (Differenzbetrag: 401 Euro). Im Jahre 2017 sind erneut hunderttausende Privathaushalte in Sachsen-Anhalt von steigenden Strompreisen betroffen. Dadurch sinkt die Kaufkraft zahlreicher Haushalte signifikant.

Die deutschen Industriestrompreise weichen ebenfalls signifikant vom EU-Durchschnittspreis ab. Der deutsche Industriestrompreis liegt gegenwärtig mit 9,65 Cent pro Kilowattstunde 13,4 Prozent über dem EU-Durchschnittswert von 8,51 Cent pro Kilowattstunde.

Die Strompreisexplosion in Deutschland ist vor allem steigenden Netzkosten durch die Inbetriebnahme von Wind- und Solaranlagen und der EEG-Umlage geschuldet. Bei der Einführung der EEG-Umlage betragen die damit verbundenen Kosten 0,19 Cent pro Kilowattstunde. Mittlerweile ist die EEG-Umlage auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde gestiegen.

Ein Ende der Kostenexplosion bei den Strompreisen ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Dem Bericht zum Energiewende-Index für 2017 zufolge „dreht sich die Kostenspirale bis weit ins nächste Jahrzehnt hinein unvermindert weiter.“

In den mitteldeutschen Bundesländern sind die Strompreise wiederum deutlich höher als in den westdeutschen Bundesländern und fungieren somit als Ansiedlungs- und Investitionsbremse. Gegenwärtig liegt der Preisunterschied für eine Kilowattstunde Strom zwischen West- und Mitteldeutschland bei etwa 4 Cent.

Ursprünglich hatte die Große Koalition eine Strompreisangleichung zwischen West- und Mitteldeutschland in Aussicht gestellt. Diese Ankündigung wurde Anfang 2017 wieder kassiert. In den kommenden Koalitionsverhandlungen muss Ministerpräsident Haseloff endlich sachsen-anhaltische Interessen hinsichtlich der Strompreisangleichung insbesondere gegen die linksideologischen energiepolitischen Positionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchsetzen. Nichts weniger als das erwarten die Bürger unseres Landes.

Robert Farle
Parlamentarischer Geschäftsführer